

Anfragen: Junisession 2018

Dir. Nr.	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Grosser Rat (Büro des Grossen Rates)			
16	Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)	Geschäftsberichte zukünftig ausschliesslich nur noch in elektronischer Ausführung für Grossratsmitglieder	3
Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion BVE			
1	Rüegsegger (Riggisberg, SVP)	Ausbau Bahnhof Bern: Genügend Volumen für Aushub in der Region Bern-Mittelland?	4
17	Gabi Schönenberger (Schwarzenburg, SP)	Suizidprävention bei der Schwarzwasserbrücke	5
Volkswirtschaftsdirektion VOL			
4	Brönnimann (Mittelhäusern, glp)	Kosten einer Winterolympiade für den Kanton Bern	6
5	Imboden (Bern, Grüne)	Termin und Finanzintransparenz bei Olympiakandidatur 2026: Kandersteg entscheidet am 8. Juni. Der Kanton Bern erst nach Eingabe der Kandidatur im Februar 2019?	7
7	Knutti (Weissenburg, SVP)	Anpassung der RAV-Strukturen im Kanton Bern	8
14	Gullotti (Tramelan, SP) (Sprecher/in) Roulet (Malleray, SP) Gasser (Bévilard, PSA)	RAV, Ansprechstellen Integration und Berner Gesundheit: Warum kommen diese strukturellen Beschlüsse gerade jetzt?	9
Finanzdirektion FIN			
6	Imboden (Bern, Grüne)	Steuer(optimierungs)politik von Ebay	10
8	Haas (Bern, FDP)	Steuergesetzrevision 2019 und KMU	11
12	Mühlheim (Bern, glp)	Entschädigung der Verwaltungsratspräsidenten und der Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften, die zu 100 Prozent in kantonalem Besitz sind	12
Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF			
3	Gnägi (Jens, BDP)	Was sind die Verpflichtungen im Gegenzug zur Erhöhung der Integrationspauschalen?	13
Erziehungsdirektion ERZ			
9	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Rückstellungen im Kindergarten	14
10	Geissbühler-Strupler (Herrenschwanden, SVP)	Optimale Lerninhalte für vorläufig Aufgenommene, im Speziellen für Eritreer/-innen	15



- | | | | |
|----|----------------------------------|--|----|
| 11 | Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) | Nach Whatsapp-Aus: Welchen Messenger-Dienst sollen Schulen für die Kommunikation nutzen? | 16 |
| 13 | Vanoni (Zollikofen, Grüne) | Aktueller Lehrpersonenmangel: Beurteilung der Situation, Sofortmassnahmen und Strategie? | 17 |

Polizei- und Militärdirektion POM

- | | | | |
|---|------------------------|---|----|
| 2 | Wüthrich (Huttwil, SP) | Kontrolliert der Kanton Bern die Ausführung der verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchungen? | 18 |
|---|------------------------|---|----|

Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion JGK

- | | | | |
|----|---------------------------------|-------------------------------------|----|
| 15 | Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP) | Unverantwortliche Zentralisierungen | 19 |
|----|---------------------------------|-------------------------------------|----|

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 04.06.2018

Eingereicht von: Gabi Schönenberger
(Schwarzenburg, SP)

Beantwortet durch: Büro des Grossen Rates

Geschäftsberichte zukünftig ausschliesslich nur noch in elektronischer Ausführung für Grossratsmitglieder

Die amtierenden Grossrätinnen und Grossräte werden immer noch stark geflutet mit der Zustellung von Papierpost, die oft nicht mal angeschaut wird. Insbesondere die Geschäftsberichte machen einen grossen Anteil aus.

Dies ist aus organisatorischer, administrativer und ökologischer Sicht nicht sinnvoll, deshalb gilt es dies einzustellen und zu veranlassen, die Geschäftsberichte den Mitgliedern des Grossen Rates ausschliesslich nur noch in elektronischer Form zugänglich zu machen.

Fragen:

1. Sieht der Regierungsrat dies ebenso, und wäre er bereit, in die Wege zu leiten, dass den Mitgliedern des Grossen Rates Geschäftsberichte zukünftig ausschliesslich nur noch in elektronischer Ausführung zugänglich gemacht werden?
2. Ab wann wäre dies möglich? Und, falls der Regierungsrat nicht zuständig ist, wer sonst könnte dies veranlassen?

Verteiler

- Büro des Grossen Rates
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 21.03.2018

Eingereicht von: Rüeegsegger (Riggisberg, SVP)

Beantwortet durch: BVE

Ausbau Bahnhof Bern: Genügend Volumen für Aushub in der Region Bern-Mittelland?

Im Zuge der politischen Diskussionen über mögliche Mehrkosten für den Kanton Bern im Kies- und Deponiewesen ist die Frage des Deponienotstands in der Region Bern weiterhin ein grosses Thema.

Aus der Baubranche, von Unternehmern, Bauherren, Architekten, ebenso aus Behörden und Verwaltungskreisen werden konkrete Forderungen nach mehr sofort verfügbaren Ablagemöglichkeiten, v. a. im Gebiet der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM) laut. Das vorhandene Volumen sei aufgefüllt, die Preise/m³ sind am Steigen, was für grössere Bauprojekte wesentliche Mehrkosten auslöst, auch für den Kanton Bern selbst.

Fragen:

1. In welche Deponien soll der Aushub (Menge je Standort) der beiden Grossbaustellen Bahnhof Bern RBS und Publikumsanlagen SBB entsorgt werden?
2. Was für Auswirkungen hat diese Ausgangslage auf die Vergabekriterien?
3. Wenn ausserhalb der RKBM deponiert wird, mit wie viel Mehrkosten/Mehraufwand rechnet der Kanton Bern?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 04.06.2018

Eingereicht von: Gabi Schönenberger
(Schwarzenburg, SP)

Beantwortet durch: BVE

Suizidprävention bei der Schwarzwasserbrücke

Die Schwarzwasserbrücke wird immer wieder für Suizide benutzt, gerade auch von sehr jungen Menschen. Die Sicherung von Orten grosser Höhe wirkt präventiv und kann Brückensuizide verhindern.

Das ASTRA zeigt hierzu klar auf, dass physische Barrieren und insbesondere horizontale Netze wissenschaftlich-evidenzbasierte und damit sehr effektive Suizidpräventionsmassnahmen sind und andere Massnahmen für sich alleine genommen unzureichend sind und allerhöchstens als Begleitmassnahmen angesehen werden können.

Fragen:

1. Wie sieht dies der Regierungsrat?
2. Mit welchen konkreten geeigneten und praktikablen Massnahmen könnte der Kanton die Suizidgefahr bei der Schwarzwasserbrücke nachhaltig eindämmen?

Verteiler

- Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 23.05.2018

Eingereicht von: Brönnimann (Mittelhäusern, glp)

Beantwortet durch: VOL

Kosten einer Winterolympiade für den Kanton Bern

Gemäss einem Artikel der Sonntagszeitung werden die Sicherheitskosten des Kantons Bern für die Olympischen Spiele Sion 2026 auf 20-30 Mio. Franken geschätzt. Ständerat Stöckli fordert gemäss einem Artikel der BZ Transparenz. Der Grosse Rat und die Berner Bevölkerung haben ebenfalls ein Recht auf Transparenz und auf Kenntnis der bekannten Fakten und Planungsgrundlagen.

Fragen:

1. Von welchen Bedrohungsszenarien und Kosten für den Kanton Bern geht der Regierungsrat zum heutigen Zeitpunkt aus?
2. Wieso hat der Regierungsrat die neusten Zahlen noch nicht kommuniziert, und wann gedenkt er offiziell zu informieren?
3. Mit welchen sicherheitspolitischen Einschränkungen insbesondere im Verkehr müssen von der Olympiade betroffene Gebiete und Bewohner im Fall eines hohen Bedrohungsszenarios rechnen?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosse Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 24.05.2018

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: VOL

Termin und Finanzintransparenz bei Olympiakandidatur 2026: Kandersteg entscheidet am 8. Juni. Der Kanton Bern erst nach Eingabe der Kandidatur im Februar 2019?

Bereits am 8. Juni 2018 muss die ordentliche Gemeindeversammlung von Kandersteg über eine Tranche von 1,5 Millionen Franken im Rahmen einer Olympiakandidatur befinden. Dort sollen die Nordische Kombination und das Skispringen auf der Normalschanze stattfinden. Nötig sind ein neuer Sprungrichterturm und eine temporäre Zufahrtsstrasse.

In der Presse war im Mai zu lesen (Bund, 5.5.2018), dass der Kanton Bern für eine allfällige Beteiligung an der Olympiakandidatur mehr als die ursprünglich vorgesehenen 10 Millionen Franken einplanen muss. Dies, weil die Sicherheitskosten höher ausfallen. Regierungsrat Amman wird im Bund wie folgt zitiert: «Seit das Organisationskomitee die Kosten auf die Kantone aufgeteilt hat, hat es Verschiebungen gegeben, zulasten der Austragungskantone.» Inzwischen hat der Bund seine Botschaft veröffentlicht (23.5.2018). Hingegen besteht im Kanton Bern noch immer keine Transparenz über die Kosten, dies obwohl bis zum 11. Januar 2019 die Kandidatur für die Winterspiele 2026 beim Internationalen Olympischen Komitee eingereicht sein muss; dessen Vergabeentscheid folgt dann im September 2019.

Fragen:

1. Wie werden die Kosten für die Sicherheit auf die Austragungskantone, konkret auf den Kanton Bern, verteilt?
2. Wie schätzt der Kanton die ökologischen Auswirkungen einer neuen Strasse und neuer Infrastrukturanlagen in Kandersteg ein?
3. Warum findet die Abstimmung in Kandersteg am 8. Juni 2018, jene im Kanton Bern voraussichtlich aber erst im Februar 2019 statt?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 27.05.2018

Eingereicht von: Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortet durch: VOL

Anpassung der RAV-Strukturen im Kanton Bern

Vor kurzem hat der Regierungsrat entschieden, unter anderem die RAV-Stützpunkte in Meiringen und Zweisimmen zu schliessen.

Fragen:

1. Wie viele Arbeitsplätze gehen an den Standorten in Zweisimmen verloren?
2. Welche Kosten können an den genannten Standorten tatsächlich eingespart werden?
3. Kann der Regierungsrat die jährlichen Einsparungen ausweisen?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 04.06.2018

Eingereicht von: Gullotti (Tramelan, SP) (Sprecher/in)
Roulet (Malleray, SP)
Gasser (Bévilard, PSA)

Beantwortet durch: VOL

RAV, Ansprechstellen Integration und Berner Gesundheit: Warum kommen diese strukturellen Beschlüsse gerade jetzt?

Der Regierungsrat hat einen Denkprozess über die Neupositionierung der dezentralen Verwaltung im Berner Jura eingeleitet. Seine Schlussfolgerungen sollten in den nächsten Tagen öffentlich gemacht werden. Die ersten Zeichen (Schaffung von Kompetenzzentren) sind vielversprechend. Dennoch erstaunt die Serie der im Mai veröffentlichten Medienmitteilungen, zumal kantonale oder private Stellen, die an verschiedenen Orten der Region angesiedelt sind, betroffen sind.

Via Medienmitteilung vom 16. Mai 2018 war zu erfahren, dass das beco Berner Wirtschaft aus betrieblichen und finanziellen Gründen im Herbst 2018 u. a. die RAV-Stützpunkte in La Neuveville, Moutier und Saint-Imier schliessen wird. Am Tag darauf (17. Mai 2018) kündigte der Kanton an, er sehe vor, per Anfang 2019 die Aufgaben der Ansprechstelle Integration für die Region Biel–Seeland–Berner Jura aus Rentabilitätsgründen vom Verein «Multimondo» an die Fachstelle Integration der Stadt Biel zu übertragen. Der Verein Multimondo, der damit 40 Prozent seines Budgets verliert, wird sich bei seinen Tätigkeiten vor allem in Saint-Imier und Moutier neu organisieren müssen. Ebenfalls per Medienmitteilung (31. Mai 2018) teilte der Kanton mit, dass die Berner Gesundheit und die Contact Stiftung für Suchthilfe per 1. Juli die Tätigkeiten der Stiftung Fondation Contact Jura bernois übernehmen werden. Die Berner Gesundheit wird sich dafür in Tavannes einrichten.

Die folgenden Fragen sind keine Beurteilung weder des Werts der Beschlüsse noch der daraus resultierenden Standorte der Stellen.

Fragen:

1. Es ist bekannt, dass alle Gemeinden des Berner Juras Erwartungen in Bezug auf die Neuorganisation der dezentralen kantonalen Verwaltung im Berner Jura haben. Was ist die Motivation des Regierungsrates, diese teils internen (beco) und teils externen und auf Leistungsverträgen beruhenden Umstrukturierungen (Multimondo) gerade mal einige Tage vor der Veröffentlichung der Ergebnisse seiner Reflexion bekanntzumachen?
2. Befürchtet er nicht, in diesem heiklen politischen Kontext Unruhe zu stiften, wenn man bedenkt, dass der Grosse Rat im November 2017 Punkt 1 der Motion von SVP-Grossrätin Anne-Caroline Graber («Der Regierungsrat wird beauftragt, die aus Moutier abgezogenen Verwaltungsstellen auf den übrigen Berner Jura zu verteilen und sie nur in Fällen dringender Notwendigkeit in Biel anzusiedeln») in ein Postulat gewandelt und überwiesen hat?
3. Wurden die betroffenen Gemeinden im Vorfeld konsultiert?

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 27.05.2018

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: FIN

Steuer(optimierungs)politik von Ebay

Ebay International AG ist seit 1999 in der Stadt Bern niedergelassen. Der Hauptsitz ist in San José, Kalifornien, der Steuersitz ist in Eba Inc, Delaware, USA. Gemäss Geschäftsberichten gab es im Kanton Bern seit 1999 Steuererleichterungen bis zum Jahr 2016. Medienberichte («Die Milliarden von Ebay liegen im Berner Steuerparadies», Der Bund, 14.5.2018) informierten über mehrfache Verschiebungen von Vermögenswerten von 20 Milliarden innerhalb des Konzerns in Tochterfirmen in Bern. Es besteht der Verdacht, dass es sich dabei um Konstrukte handelt, um international im Konzern Steuern zu optimieren, da die Gewinnsteuern im Kanton Bern im internationalen Vergleich sehr tief sind und mit der Steuergesetzrevision 2019 noch weiter gesenkt werden sollen.

Fragen:

1. Hat Ebay inkl. Tochterfirmen (Ebay International AG; Eby Marketplaces GmbH; H1517 GmbH, etc.) im Kanton Bern mehr als 10 Jahre Steuererleichterungen erhalten (StG, Art. 84)?
2. Profitiert der Kanton Bern bei den Milliardentransaktionen von Vermögenswerten ins «Berner Steuerparadies» von höheren Steuereinnahmen im Kanton Bern?
3. Welche Auswirkungen hat die Senkung der Gewinnsteuer gemäss kantonaler Steuergesetzrevision 2019 auf die Steuerabgaben von Ebay im Kanton Bern?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 30.05.2018

Eingereicht von: Haas (Bern, FDP)

Beantwortet durch: FIN

Steuergesetzrevision 2019 und KMU

Frage:

— Wie viele kleine- und mittlere Betriebe (KMU) im Kanton Bern profitieren voraussichtlich von der mit der Steuergesetzrevision 2019 vorgesehen Gewinnsteuersenkung?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 04.06.2018

Eingereicht von: Mühlheim (Bern, glp)

Beantwortet durch: FIN

Entschädigung der Verwaltungsratspräsidien und der Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften, die zu 100 Prozent in kantonalem Besitz sind

Die Entschädigungen der einzelnen VRP und VR unterscheiden sich im Kanton Bern massiv. Es ist nicht nachvollziehbar, nach welchen Kriterien der Kanton in Reglementen oder durch Regierungsratsbeschlüsse diese Höhe regelt oder festsetzt. Es fällt auf, dass die Grösse der Betriebe keine Relevanz für die Festsetzung der Entschädigungen hat:

In TCHF/2016	UPD	SRO	BEDAG
Aufwand	83 690	159 161	76 779
Entschädigung VRP	29 900	40 400	90 000-92 000
Entschädigung VR	116 300	140 500	238 100

Fragen:

1. Wie erklärt er die bedeutend höhere Entschädigungspraxis der BEDAG gegenüber den Klinik-/Spitalbetrieben?
2. Ist der Regierungsrat der Meinung, diese Unterschiede seien auf Grund der Verantwortung und der Grösse der Betriebe gerechtfertigt?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die unterschiedlichen Ansätze zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen?

Verteiler

- Finanzdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 01.05.2018

Eingereicht von: Gnägi (Jens, BDP)

Beantwortet durch: GEF

Was sind die Verpflichtungen im Gegenzug zur Erhöhung der Integrationspauschalen?

Wie die Medien am 1. Mai 2018 meldeten, ist der Bundesrat nach intensiven Verhandlungen bereit, die Integrationspauschale ab 2019 von heute 6000 Franken pro Flüchtling auf neu 18 000 Franken aufzustocken. Im Gegenzug werden die Kantone verpflichtet, klar definierte Ziele zu erfüllen, ansonsten kann das Geld zurückgefordert werden.

Fragen:

1. Welches sind diese klar definierten Ziele?
2. Wie geht der Kanton Bern diese an?

Verteiler

- Gesundheits- und Fürsorgedirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 03.06.2018

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Rückstellungen im Kindergarten

Mit der Einführung des zweijährigen obligatorischen Kindergartens mit Blockzeiten von vier Lektionen jeden Morgen sind viele Kinder überfordert. Noch vor kurzer Zeit besuchten 4-jährige Kinder einmal pro Woche während zwei Lektionen eine Spielgruppe, was meist den Bedürfnissen dieser Kleinkinder entsprach, denn die Konzentrationsspanne ist entwicklungsbedingt noch kurz und die grosse Kindergruppe ist eine Herausforderung. Eltern versuchen nun, dieses Problem mit Rückstellungen oder Pensumreduktionen zu entschärfen.

Fragen:

1. Wie viele Kinder (Anzahl und in Prozenten) besuchten 2016/2017 das 1. Kindergartenjahr mit einem reduzierten Pensum?
2. Wie viele Kinder (Anzahl und in Prozenten) wurden 2016/2017 zurückgestellt?
3. Was waren die Gründe für die Rückstellungen (1., 2., 3.)?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 03.06.2018

Eingereicht von: Geissbühler-Strupler
(Herrenschwanden, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Optimale Lerninhalte für vorläufig Aufgenommene, im Speziellen für Eritreer/-innen

Nach meiner Reise als Rucksacktouristin durch Eritrea, der Auseinandersetzung mit unseren Angeboten für vorläufig aufgenommene Eritreer/-innen, aber auch nach Gesprächen mit direkt Beteiligten musste ich feststellen, dass unsere Angebote und Lerninhalte nicht optimal auf deren Bedürfnisse ausgerichtet sind. Denn die Schulkinder in Eritrea lernen von der dritten Klasse an Englisch in den Schulen, und die grosse Mehrheit der Bevölkerung betreibt Landwirtschaft.

Fragen:

1. Wäre es nicht sinnvoller, wenn die Abgewiesenen im Status F in der englischen und nicht wie bis anhin in der für sie sehr schwierigen deutschen Sprache gefördert würden?
2. Wäre es nicht sinnvoller, wenn die Abgewiesenen im Status F eine bäuerliche, hauswirtschaftliche, z. B. in Hondrich (Frauen), oder eine landwirtschaftliche Ausbildung (Männer) absolvieren müssten?
3. Was gedenkt der Regierungsrat zu unternehmen, damit diese nicht aus einem Kriegsgebiet Kommenden von möglichst optimalen Lerninhalten profitieren können, die ihnen in ihrer Heimat dienlich sein werden?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 04.06.2018

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: ERZ

Nach Whatsapp-Aus: Welchen Messenger-Dienst sollen Schulen für die Kommunikation nutzen?

Gemäss Medienberichten hat der Messenger-Dienst Whatsapp das Mindestalter für die User von 13 auf 16 Jahre erhöht. Viele Schulklassen – namentlich auf der Oberstufe – nutzen aber heute Whatsapp zur Kommunikation. Grund für die verschärften Nutzungsbedingungen ist offenbar ein neues EU-Gesetz, die sogenannte Datenschutz-Grundverordnung mit dem sperrigen Kürzel: DSGVO. Sie ist am 25. Mai in Kraft getreten und legt fest, dass nur Daten von Kindern ab 16 Jahren verarbeitet werden dürfen. Da auch Whatsapp Daten erhebt, wurde die Altersgrenze entsprechend erhöht. Whatsapp ist aber bei Schweizer Schulen sehr beliebt. Per Knopfdruck übermitteln sie ihren Zöglingen Informationen zu Stundenplanänderungen, Ausflügen oder Klassenlagern, sie übermitteln Dokumente und leiten freiwilligen Lernstoff weiter. Das entspricht dem laufenden Trend zur Digitalisierung und ist im Grunde heute auch eine praktische Übung zum Umgang mit neuen Medien.

Fragen:

1. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass Schulen wegen der neuen EU-Datenschutzverordnung den Messenger-Dienst Whatsapp nicht mehr nutzen dürfen?
2. Begrüssst es der Regierungsrat grundsätzlich, dass Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler Messenger-Dienste benutzen?
3. Falls Whatsapp effektiv nicht mehr für Schulchats zulässig ist: Welche anderen Messenger-Dienste sind eventuell als Ersatz geeignet?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 04.06.2018

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Beantwortet durch: ERZ

Aktueller Lehrpersonenmangel: Beurteilung der Situation, Sofortmassnahmen und Strategie?

Im Hinblick auf das kommende Schuljahr 2018/19 haben in den letzten Wochen kommunale Schulbehörden, Schulleitungen und Schulinspektorate beunruhigende Anzeichen eines Mangels an Lehrpersonen im Volksschulbereich festgestellt. So gingen für ausgeschriebene Stellen mancherorts keine Bewerbungen ein – und freie Pensen auf Primar- und Sekundarstufe sind einen Monat vor den Sommerferien noch immer nicht besetzt.

Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle Situation?
2. Welche Sofortmassnahmen sind bereits getroffen worden und/oder noch vorgesehen, damit der Unterricht und seine Qualität im kommenden Schuljahr überall gewährleistet werden kann?
3. Welche Strategie verfolgt der Regierungsrat, damit auch in künftigen Schuljahren genügend, ausreichend ausgebildete und konkurrenzfähig entlohnte Lehrpersonen für das bernische Volksschulwesen zur Verfügung stehen?

Verteiler

- Erziehungsdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 03.04.2018

Eingereicht von: Wüthrich (Huttwil, SP)

Beantwortet durch: POM

Kontrolliert der Kanton Bern die Ausführung der verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchungen?

Senioren ab 70 Jahren (bald ab 75 Jahren) müssen sich alle zwei Jahre einer verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung unterziehen. Ebenso müssen sich Berufschaffenden und -Chauffeurs alle fünf Jahren untersuchen lassen (ab 50 Jahren alle drei, ab 70 Jahre alle zwei Jahre). Diese Massnahmen dienen der Verkehrssicherheit. Die Untersuchungen müssen durch anerkannte Ärztinnen und Ärzte durchgeführt werden.

Von untersuchten Personen sind immer wieder unterschiedliche Praxen zu hören. Kann der Umfang der ärztlichen Untersuchung (und somit die Kosten) noch mit unterschiedlichen Gesundheitszuständen erklärt werden, ist bei der Abrechnung die Situation eigentlich klar: Die Kosten müssen die untersuchten Personen selbst übernehmen und können nicht via Krankenkasse abgerechnet werden. Dies ist offenbar nicht überall der Fall.

Fragen:

1. Wer führt die Schulungen der Ärzteschaft durch und spricht die Anerkennung zur Ausübung der verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchungen aus?
2. Ist der Regierungsrat bereit, die Ärzteschaft daran zu erinnern, dass die verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchungen nicht via Krankenkasse abgerechnet werden dürfen und von den untersuchten Personen selbst zu bezahlen sind?
3. Kontrolliert der Kanton Bern, ob die anerkannten Ärztinnen und Ärzte die verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchungen gemäss den Vorgaben durchführen?

Verteiler

- Polizei- und Militärdirektion
- Grosser Rat

Anfragen Junisession 2018

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 04.06.2018

Eingereicht von: Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Beantwortet durch: JGK

Unverantwortliche Zentralisierungen

Der Regierungsrat hat mit seinen zentralistischen Entscheiden, die seit Jahrzehnten andauern, die Region Obersimmental/Saanenland regelrecht von den öffentlichen Dienstleistungen ausgeblutet: im November 2017 im Rahmen des EP 2018 das Betreibungs- und Konkursamt und nun auch noch das RAV. Inzwischen muss die Bevölkerung für das Aufsuchen von fast sämtlichen kantonalen Ämtern nach Thun, Interlaken oder Frutigen reisen. Der Mehraufwand an Zeit und Fahrkosten wird in keinem Entscheid erwähnt. Mit jeder Schliessung eines Amtes werden einer ganzen Region neue Belastungen zugemutet, ohne Rücksichtnahme auf den Verlust von Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Bei Interventionen, sei dies via Motionen oder Planungserklärungen, wurde die Region Obersimmental/Saanenland immer wieder auf die künftige Digitalisierung verwiesen bzw. getröstet. Mit der Digitalisierung spiele es gemäss Regierungsrat keine Rolle, wo sich die Arbeitsplätze in Zukunft befinden.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat gewillt, die Schliessung des RAV Obersimmental/Saanenland zu widerrufen?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat im Obersimmental/Saanenland in Zukunft dezentrale Amtsstellen anzusiedeln, die vermehrt digitale Dienstleistungen erbringen?
3. Kann der Regierungsrat eine Auflistung sämtlicher Schliessungen von Ämtern, Schulen und öffentlichen Dienststellen seit 1990 im Obersimmental/Saannenland erstellen, in der die Zahl der verlorenen Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie der wirtschaftliche Verlust ausgewiesen werden?

Verteiler

- Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion
- Grosse Rat